



Nr. 206 / 13. Dezember 2018

## **Erwerbstätigenversicherung: Auch Bürgerbeauftragte sieht dringenden Handlungsbedarf**

**Mit der Botschaft „Die Schleswig-Holsteinischen Landtagsabgeordneten sind von Altersarmut bedroht“ haben heute (Donnerstag) Mitglieder verschiedener Gewerkschaften vor dem Landeshaus für einen Kurswechsel in der Altersversorgung demonstriert. Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten Samiah El Samadoni dazu: „Der Protest gibt wichtige inhaltliche Impulse für ein Thema, das politisch und gesellschaftlich eine der größten Herausforderungen unserer Zeit darstellt“, sagte El Samadoni in Kiel.**

Mit ihrem Protest werben die Teilnehmer für eine Erwerbstätigenversicherung, in die künftig auch Selbständige, Beamte und Abgeordnete Rentenversicherungsbeiträge einzahlen sollen. Die Bürgerbeauftragte fordert eine ernsthafte Debatte über diesen Vorschlag. „Mir begegnen immer mehr Selbständige, die im Alter auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, obwohl sie Zeit ihres Lebens gearbeitet haben“, hob El Samadoni hervor. Um der drohenden Altersarmut zu begegnen, bedürfe es eines nachhaltigen Konzeptes für alle Erwerbstätigen.

Die Bürgerbeauftragte betonte, dass dabei die gesetzliche Rente als wichtigste Säule der Altersversorgung gestärkt werden müsse. „Die private oder betriebliche Altersvorsorge darf nicht weiter besser gestellt werden als die gesetzliche Rente“, forderte El Samadoni. Es sei daher wünschenswert, wenn die Familie der gesetzlich Versicherten in der Zukunft wachse. „Um dem gesetzlichen System keine wertvolle Einnahmen zu entziehen, sollte es außerdem bessere Möglichkeiten geben, zusätzliche Beiträge in die Rentenversicherung einzuzahlen, anstatt vorrangig private Anbieter zu fördern“, schlug die Bürgerbeauftragte vor.